



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 5. November 2025

5355. 2025/457

**Beschlussantrag von Roger Bartholdi (SVP), Stefan Urech (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 01.10.2025:
Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch die GPK**

Roger Bartholdi (SVP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5214/2025): Die Stadt Zürich stand in den Medienberichten – nicht zum ersten Mal – nicht gut da. Bei diesem Antrag geht es um die beiden Fälle, die unbestritten sind. Es geht um Sicherheit. Wenn man in Notfällen oder Situationen wie diesen eine Blaulichtorganisation anruft und es heisst, man habe keine Ressourcen, man könne nicht kommen oder man solle zu einem Polizeiposten gehen, beunruhigt mich das. Es geht darum, die Fakten herauszufinden. Wir möchten wissen, ob es sich um Einzelfälle handelt. Es geht nicht darum, jemanden zu kritisieren. Wir schätzen den Einsatz aller Blaulichtorganisationen rund um die Uhr. Es stellt sich aber die Frage, ob Zürich noch eine sichere Stadt ist. Auf der zweiten Seite führte ich die Vision der Stadtpolizei auf, wie sie auf der Homepage steht: «Die Stadtpolizei Zürich (Stapo) ist während 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr für Zürich und seine Bevölkerung da. Sie sorgt für Sicherheit und Ordnung.» Wenn es sich dabei nicht um ein Lippenbekenntnis handelt, müssen Taten folgen. Es darf keine solchen Vorfälle mehr geben. Es kann sein, dass bei diesen beiden Fällen mehrere Sachen zusammenkamen. Aber das wissen wir nicht. Deshalb muss es geklärt werden. Es braucht keine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), sondern eine normale Untersuchung durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und einen Bericht. Es geht um unsere Sicherheit. Wenn man anruft, will man nicht hören, die Polizei könne nicht kommen. Es gibt Indizien, weshalb es so war. Wenn das Knabenschieszen der Grund war, stellt sich die Frage, weshalb man nicht genügend Ordnungskräfte – nicht nur eigene – organisiert hatte. Wann das Knabenschieszen stattfindet, ist weit im Voraus bekannt. Am Eurovision Song Contest (ESC) in Basel waren auch Einsatzkräfte aus Zürich im Einsatz. Natürlich kann man sagen, es habe noch eine Demonstration stattgefunden. Aber wenn man sieht, wie viele Demonstrationen an einem Samstag stattfinden, muss man mit allergrösster Wahrscheinlichkeit damit rechnen, dass zwei Ereignisse miteinander stattfinden. Aus Sicht der SVP-Fraktion muss die Polizei ihren Auftrag auch dann noch wahrnehmen können. Wer gegen den Beschlussantrag stimmt, will nicht erfahren, dass es möglicherweise noch mehr Fälle gibt oder geht von Einzelfällen aus. Aber woher weiss man das? Deshalb braucht es eine seriöse Abklärung.



Weitere Wortmeldung:

Roland Hurschler (Grüne): Die Fraktion der Grünen ist bei diesem Beschlussantrag gespalten. Eine knappe Mehrheit ist der Meinung, dass es nicht schaden kann, Klarheit zu schaffen; zu klären, ob und inwiefern Grossveranstaltungen punktuell die Ressourcen der Einsatzkräfte zu stark belasten, sodass sie ihren Grundauftrag eventuell nicht mehr erfüllen können. Dies auch vor dem Hintergrund der bereits länger andauernden personellen Unterbesetzung im Korps und medial bekannt gemachten Fällen vermeintlicher polizeilicher Versäumnisse. Ob bei den beiden im Beschlussantrag erwähnten Fällen tatsächlich Ressourcenfragen der Hauptgrund waren, wird zu klären sein. Wichtig ist uns, dass sauber abgeklärt wird. In der Fraktion wurde kritisch eingewandt, dass es keine absolute Sicherheit geben könne ohne einen unverhältnismässig grossen und teuren Polizei- und Überwachungsapparat. Die Polizei wird immer fallweise priorisieren müssen. Wir distanzieren uns auch klar von gewissen Formulierungen im Beschlussantrag wie Mutmassungen zu Täternationalitäten oder den nicht differenzierten Hinweis auf «Gruppierungen, die stören und Gewalt verursachen». Aus Sicht der GPK möchte ich ergänzen, dass es auch ohne Beschlussanträge jederzeit möglich ist, aufsichtsrelevante Anträge direkt an die GPK zu übermitteln. Wahrscheinlich wäre in diesem Fall eine Interpellation das sinnvollere Mittel gewesen. Die Aufsicht über die Polizeiarbeit ist ein wiederkehrendes Thema in der GPK. Sicherheitsfragen und Fragen zur Anwendung des Gewaltmonopols haben als zentrale Aufsichtsthemen sehr hohe Priorität. Wenn die GPK mit der Beantwortung der gestellten Fragen und allfälligen weiteren Abklärungen zu einer Versachlichung der Thematik beitragen kann, machen wir das gerne. Eventuell führt das auch zu einem besseren Verständnis zum Funktionieren der Stadtpolizei.

Dominique Späth (SP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die SP unterstützt es grundsätzlich, dass die aufgeworfenen Fragen in Bezug auf die polizeiliche Verfügbarkeit geklärt werden. Dass dies in Form eines GPK-Berichts erfolgen soll, erschliesst sich uns aber nicht. Das Verfassen eines Berichts wäre mit einem unnötig hohen Aufwand verbunden. Zielführender wäre eine Klärung innerhalb der Stadtpolizei. Das Sicherheitsdepartement ist sich der Herausforderungen, die im Beschlussantrag angesprochen werden, bewusst. Die Schichtpläne müssen dahingehend revidiert werden, dass auch an den Wochenenden genug Personal zur Verfügung steht. Das ist ein bekanntes Problem, das nicht durch einen Bericht festgestellt werden muss. Ein neues Schichtmodell ist im Moment in der Pilotphase und zeigt erste Wirkungen. Aus diesen Gründen lehnt die SP-Fraktion den Beschlussantrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Martina Zürcher (FDP): Der FDP-Fraktion ist ebenfalls nicht ganz klar, weshalb es einen Beschlussantrag braucht und man nicht eine Interpellation oder Schriftliche Anfrage dazu macht. Da hätten wir sogar mitunterzeichnet. Die Frage 7 lautet zum Beispiel: «Welche Erkenntnisse ziehen die Stadtpolizei und der Stadtrat aus den obengenannten Aspekten und Vorfällen?» Das ist eine Frage, die auch die GPK nur 1:1 weitergeben kann. Auch von den Empfehlungen kennen wir die wichtigste schon: Man sollte den



Stellenerhöhungen der grünen Vorsteherin des Sicherheitsdepartements im Budget zustimmen. Wenn die Kollegen der SVP die GPK bemühen wollen und die Grünen diesem Bericht dann mehr Glauben schenken und den Stellenerhöhungen vielleicht zustimmen, wollen wir dem nicht im Weg stehen. Wir stimmen dem Beschlussantrag zu.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die AL-Fraktion lehnt den Beschlussantrag aus formellen Gründen ab. Es ist offensichtlich, weshalb der Antrag entstanden ist: Weil die SVP seit Ende September 2025 kein Mitglied mehr in der GPK hat. Jetzt werden wir über Beschlussanträge mit Fragen bombardiert, die die SVP ansonsten über Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos) in die Kommission eingebracht hätte. Wir müssen da nicht mitmachen. Die AL-Fraktion ist ebenfalls nicht Teil der GPK. Wenn wir Fragen haben, gehen wir auf andere Fraktionen zu und treten so mit der GPK in Kontakt. Den ganzen Rat zu blockieren, weil es ein internes Problem gibt, finde ich in Zeiten, in denen wir Woche für Woche besprechen, wie wir den Ratsbetrieb effizienter gestalten können, überflüssig. Über den Inhalt könnte man diskutieren – aber innerhalb der GPK.*

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP-Fraktion hat bei Beschlussanträgen Stimmfreigabe. Eine Mehrheit wird dem Beschlussantrag zustimmen, weil wir der Meinung sind, dass auch der Bericht der GPK zur Fangewalt etwas gebracht hat. Vielleicht wird ein Gesamtüberblick auch die Debatte versachlichen, die wir im Budget über Präsenz und Stellenschaffungen führen. Eine Minderheit ist eher der Meinung, dass man das über die GPK direkt lösen muss und teilt die Irritation, dass die SVP plötzlich die GPK entdeckt hat.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Wir teilen die Meinung, dass man das unkomplizierter hätte machen können. In Zukunft soll die SVP auf GPK-Mitglieder zukommen. Wir könnten das relativ einfach einspielen. Das Thema ist aber wichtig. Deshalb unterstützt die Fraktion Die Mitte/EVP den Beschlussantrag.*

Roger Bartholdi (SVP): *Wir haben uns selbstverständlich überlegt, eine Interpellation oder Schriftliche Anfrage einzureichen. Nur kannten wir die Antwort der Vorsteherin des Sicherheitsdepartements und des Stadtrats und wären keinen Millimeter weitergekommen. Dann hätte man den Beschlussantrag später stellen müssen und hätte Zeit verloren. Der Gemeinderat hat einen Auftrag: Wir sind die Aufsicht. Wir möchten Fakten klären. Wir wollen nicht Fragen stellen und hören, was man schon gehört hat. Diese Fakten wollen wir nicht nur für uns, sondern für die Bevölkerung klären. Es geht nicht um Schuldzuweisungen, sondern darum abzuklären, was falsch gelaufen ist und ob man etwas verbessern kann. Ich wäre froh, wenn es Einzelfälle wären. Ich finde es schade und deplatziert, eine Diskussion über Interna zu führen, wenn es um Opfer geht. Ich war acht Jahre in der GPK; dort wird das gut und seriös abgeklärt werden. Die Öffentlichkeit muss sehen, dass wir unsere Aufgabe der Oberaufsicht wahrnehmen, gerade hier.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 60 gegen 52 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsprüfungskommission im Sinne von Art. 154 GeschO GR



4 / 4

Damit ist beschlossen:

2025/457

Verfügbarkeit der Stadtpolizei, Untersuchung und Berichterstattung durch die GPK

Die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderats (GPK) wird beauftragt, die aktuellen Vorfälle der Stadtpolizei über ihre Verfügbarkeit zu untersuchen. Die GPK erstattet dem Gemeinderat einen Bericht.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat